

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Wie es dazu kam  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094736>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Laszlo Revesz

# Wie es dazu kam

In Ungarn geschah 1956 etwas, was sich eigentlich völlig unmöglich ausnahm. Will man die Revolution und den darauf folgenden Freiheitskampf verstehen, das enorme Engagement der gesamten Bevölkerung und hauptsächlich der Jugend, die in der Geschichte des Landes erstmalige Einheit aller sozialen Schichten und gleichzeitig den verzweifelten Ueberlebenskampf der kommunistischen Führung und besonders der Politischen Polizei (AVO), so muss man die Bedeutung der zwölf Jahre zuvor erkennen. Sonst bliebe es unbegreiflich, dass Schüler, Studenten und Jungarbeiter ohne ernstzunehmende Bewaffnung den sowjetischen Panzertruppen den erbittertesten Widerstand der ungarischen Geschichte lieferten, unbegreiflich ferner, dass der riesige Staatsapparat, die Armee, die Polizei und vor allem die Kommunistische Partei (Partei der Ungarischen Werktätigen, MDP) mit ihren 900 000 Mitgliedern in einigen Stunden vollkommen auseinanderfielen.

## 1945 bis Frühjahr 1956

Die sowjetischen Truppen hatten die Befreiung des Landes im Herbst 1944 begonnen. Am 20. Dezember 1944 berief die sowjetische Armeekommandantur ein Parlament nach Debrecen ein, das eine provisorische Regierung wählen und den Bruch mit Hitlerdeutschland erklären sollte. Für den Wiederaufbau bildete man eine Koalition von vier Parteien.

Am 4. November 1945 gab es Wahlen in die Nationalversammlung. Sie ergaben folgende Mandatsverteilung: Kleinlandwirtpartei 245, Kommunisten 70, Sozialdemokraten 69, Bauernpartei 23, Bürgerlich-Radikale Partei (ausserhalb der Regierungskoalition) 2.

Entgegen diesem eindeutigen Verdikt des Wählerwillens erhielten aber die Kommunisten alle Schlüsselpositionen in der Regierung und im Staatsapparat; das erzwang der sowjetische Druck.

### Der SP-Fehler: «Linke» gegen «Rechte», statt Demokraten gegen Antidemokraten

Unter diesen Bedingungen beging die SP den grossen Fehler, sich nur nach «rechts» hin abzugrenzen, was nicht so viel Mut brauchte: Füg-

sam gegenüber kommunistischen Forderungen bildete sie am 5. März 1946 zusammen mit der KP und der Bauernpartei den «linken Block» gegen die «reaktionäre» Kleinlandwirtpartei, in welcher der Widerstandswille konzentriert war.

Nun schalteten sich die kommunistisch geleitete Militärpolitische Abteilung des Verteidigungsministeriums und die Politische Polizei (AVO-Staats Sicherheitsdienst) in den politischen Kampf ein. Sie entdeckten im Herbst 1946 eine «Verschwörung» der «Ungarischen Gemeinschaft».

### Die Dezimierung der «Kleinlandwirte»

Dieses Reichstagsbrandmotiv diente als Vorwand zu einem eigentlichen Terrorfeldzug gegen die Kleinlandwirtpartei; völlig missachtet wurde dabei unter anderem die parlamentarische Immunität. Ein Beispiel: Der Minister Bela Kovacs wurde am 25. April 1947 von der sowjetischen Militärpolizei in die UdSSR verschleppt und dort wegen angeblicher Spionage gegen die UdSSR verurteilt.

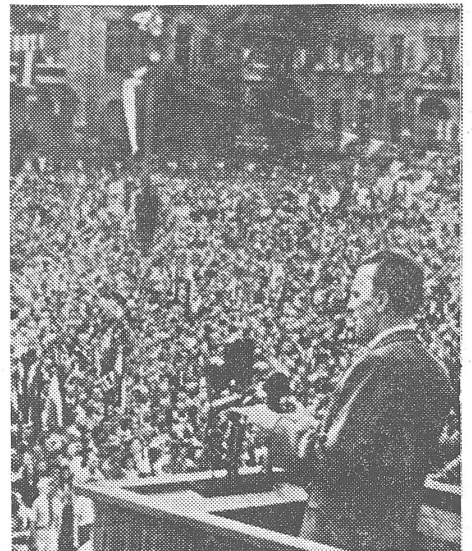
In Anwendung der «Salamitaktik» ging man dazu über, die widerstandsfähigsten Leute der Kleinlandwirtpartei nacheinander aus dem politischen Leben auszuschliessen; viele führende Persönlichkeiten (einschliesslich Ministerpräsident Ferenc Nagy) mussten emigrieren. Am 23. Juli 1947 sagte der tapferere Abgeordnete Gyula Moor, Professor für Rechtsphilosophie an der

Universität Budapest: «Die Methoden der Kommunisten sind so gemein, dass sie den menschlichen Glauben an die Sauberkeit der ganzen kommunistischen Bewegung erschüttern.»

1947 setzten die Sowjets die Auflösung der Nationalversammlung durch. Auf den 31. August 1947 schrieb man Neuwahlen aus; sie standen unter dem Vorzeichen eines neuen Wahlgesetzes.

### 1947: 70 Stimmzettel pro KP-Wähler und trotzdem Wahlniederlage

Dieses erlaubte die Stimmabgabe ausserhalb des eigenen Wahlkreises, sofern die Wahlberechtigung des betreffenden Bürgers auf dem sogenannten «blauen Zettel» bestätigt war. Diese Bestimmung nützte die KP zu einem gigantischen Wahlbetrug aus. Das Innenministerium rüstete kommunistische Wähler, vorwiegend rüstige junge Leute, mit 70 bis 80 solchen Ausweisen pro Person aus. Polizei und Gewerkschaften stellten zahlreiche Lastwagen zur Verfügung. Und am Wahltag wurden die ausgewählten Kontingente im Blitztempo von Ortschaft zu Ortschaft geführt, wo sie jedesmal ihre Stimme für die KP abgaben. Da die sowjetischen Besatzungstruppen



Zur ersten Versammlung der zwangsvereinigten Partei KP-SP (sie war die KP unter dem neuen Namen Partei der ungarischen Werktätigen) sprach 1948 Janos Kadar, damals stellvertretender Generalsekretär der Partei.

Den Sozialdemokraten Arpad Szakasits machte man erst zum Staatspräsidenten, aber dann liess ihn Rakosi (Bild links: beim Händedruck mit Szakasits) einsperren. 1956 wurde er rehabilitiert und erhielt später unter Kadar den Posten eines Vorsitzenden des ungarischen Friedensrates, wirkte aber infolge der seinerzeitigen Folterungen im Gefängnis nicht mehr ganz kohärent.



diese Umtriebe schützten, war man dagegen machtlos.

Und doch: Trotz diesem präzedenzlosen Wahlbetrug, trotz sowjetischer Besetzung und allernächst Wahlrechtsbeschränkungen stand die KP nach den Wahlen einer Mehrheit von 77,7 Prozent gegenüber.

Als nächstes wurden die bis anhin zugelassenen Parteien ausserhalb der Koalition liquidiert oder funktionsunfähig gemacht. Und 1948 wandte sich die KP gegen die kollaborierende SP. In dieser traditionellen Partei der ungarischen Arbeiterschaft (deren Führung allerdings in die Hände von Linksinтеллектуellen oder von Leuten aus reichem Haus geraten war, die ihre fortschrittliche Gesinnung besonders eifrig zu beweisen suchten), folgte nun Säuberung auf Säuberung, bis sie endlich würdig geworden war, sich mit den Kommunisten zu «vereinigen» (12. Juni 1948), d. h. von der KP einverleibt zu werden.

**Schliesslich hängen Freund und Feind doch zusammen: am Galgen**

Staatspräsident Tildy wollte ins Ausland flüchten; man entdeckte den Versuch. Sein Schwiegersohn, der als Botschafter in Kairo die Flucht vorbereiten wollte, wurde nach Budapest gelockt und hingerichtet. Tildy selbst kam nach seinem erzwungenen Rücktritt am 30. Juli 1948 unter Hausarrest. Sein Nachfolger, der linksorientierte Sozialdemokrat Szakasits, wurde ein Jahr später aus dem Präsidentenpalais verschleppt und verhaftet.

In der KP selbst waren es hauptsächlich Linksinтеллектуelle gewesen, welche die «schmutzige Arbeit» geleistet hatten, um ihre Klassenzugehörigkeit zu überspielen. Jetzt wurde ein grosser Teil

von ihnen hingerichtet oder wenigstens eingesperrt, wie Palfy, der Leiter der Militärpolitischen Abteilung. Das Schicksal der ersten vier kommunistischen Innenminister: Imre Nagy 1958 hingerichtet, Laszlo Rajk 1949 hingerichtet, Sandor Zöld 1950 Selbstmord (nach Tötung von Frau und Kindern) unmittelbar vor der Verhaftung, Janos Kadar 1951 eingesperrt.

Die Alliierten hätten laut Artikel 2 des Friedensvertrages vom 10. Februar 1947 die Demokratie in Ungarn gewährleisten sollen, überliessen aber das Land den Sowjets zur freien Beute. Die alliierte Kontrollkommission, die bis zum Sommer 1947 existierte, stand unter sowjetischem Vorsitz. Statt die Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens vom Januar 1945 (Demokratie, freie Wahlen, Beseitigung der faschistischen Diktatur usw.) zu erfüllen, legalisierte sie die systematischen sowjetischen Einmischungen. Statt über die Einhaltung der Menschenrechte zu wachen, kontrollierte sie die nichtkommunistischen Parteien. Gemäss Friedensvertrag hätten die Sowjettruppen das Land bis Mai 1947 verlassen müssen; sie haben es gar nie verlassen. Die westlichen Alliierten ihrerseits unterliessen sogar Proteste (vielleicht wollten sie ihre Präsidenten im Glauben belassen, die osteuropäischen Länder seien unabhängig).

**Sowjetisierte Justiz: Der Klassenfeind (wer das ist, sage ich schon) plant naturgemäss Verbrechen gegen das Volk; also ist er schuldig**

Die Verfassung vom 18. August 1949 und die nachfolgende Gesetzgebung sowjetisierten das Land vollends. Das Gesetz Nr. 2/1952 machte in Artikel 5, Absatz 1, die Denunzierung zur «Ehren-

pflicht» des Bürgers und schuf in Artikel 5, Absatz 3, ein «Amt für Anzeigeerstellung im öffentlichen Interesse» zur Prüfung solcher Geheimberichte.

In der Justiz blieb das frühere Gerichtssystem bis Juli 1949 erhalten, aber 1945 hatte man daneben zur Verfolgung von Kriegsverbrechern und «volksfeindlichen Elementen» die Volksgerichte eingeführt, und 1947 kamen die sogenannten Arbeitergerichte (oder «Wuchgerichte») zur Verfolgung von Fabrikeigentümern hinzu. Diesen Gremien beider Art stand es zu, Todesurteile zu fällen, und zwar ohne präzise Verfahrensregeln und ohne garantiertes Recht auf Verteidigung des Angeklagten.

Nach 1949 wurde das ganze Gerichtssystem nach sowjetischem Modell vereinheitlicht; dabei lieferte die Institution der «Volksbeisitzer» die Justiz der Tagespolitik aus (Gesetz Nr. 11/1949). Der 1953 in Budapest herausgegebene «Leitfaden für Volksbeisitzer» charakterisiert die neue Justiz wohl zur Genüge:

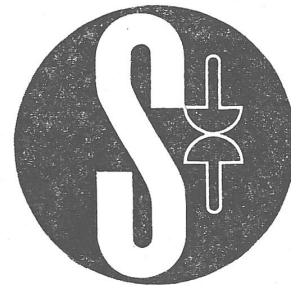
«Der Berufsrichter gibt dem Urteil die Form, der Volksbeisitzer den Inhalt. Seine politische Ueberzeugung bietet die Gewähr, dass das Urteil den Forderungen der Diktatur des Proletariats und der Arbeiter-Bauern-Macht entspricht. In den Urteilen muss die Entscheidung nicht nur nach Paragraphen, sondern auch nach sozialistischen Gesichtspunkten gefällt werden.»

1950 erschien der allgemeine Teil des Strafgesetzbuches und 1954 die «Amtliche Zusammenstellung gültiger materieller Strafrechtsnormen» (BHD). Von jetzt an gehörte die «Sozialgefährlichkeit» von Tat und Täter zum Begriff des Deliktes; es gab Straftaten, die überhaupt nur von Klassenfeinden oder Klassenfremden begangen werden konnten.



Der «Konterrevolutionär» Imre Nagy, der 1956 legaler Ministerpräsident wurde, war der erste kommunistische Innenminister gewesen und hatte zwischen 1953 und 1955 den Posten eines Regierungschefs inne.

Prospekte  
Kataloge  
Zeitschriften  
Bücher  
Geschäftsdrucksachen



W. Steiger  
Druck und Verlag AG  
Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 412775



Laszlo Rajk (rechts) bei seinem Prozess 1949. Neben ihm der mitangeklagte General Palfy-Oesterreicher, der Rajk bei der Aufstellung der Politischen Polizei geholfen hatte.

Die Klassenjustiz behandelte die Angeklagten nach ihrer Klassenzugehörigkeit, aber auch diese wurde gemäss der Goebbels'schen Aussage definiert: «Wer Jude ist, bestimme ich.»

In politischen Prozessen bestand die Praxis ohnehin aus «Anklageurteilen» (die Beschuldigung der AVO wird zur Anklage der Staatsanwaltschaft und diese wiederum zum Gerichtsurteil) und aus «Zumutungsurteilen» (Urteile ohne Delikt; der Angeklagte ist ein Volksfeind; seine Klassenzugehörigkeit beweist, dass er zu politischen Verbrechen entschlossen ist).

Die Regierungsverordnung Nr. 3940/1948 hob die Autonomie der Advokatenkammer auf; die Rechtsanwälte wurden dem Justizministerium unterstellt. Bei politischen Prozessen durfte das konstitutionell garantierte Recht auf freie Wahl des Verteidigers keine Anwendung finden.

#### Weh dem der streikt

Auch auf sozialem Gebiet machten sich die neuen Normen.

Das Arbeitsgesetzbuch (Gesetzesverordnung Nr. 7/1951) schaffte die Freiheit der Arbeit ab, um die planmässige Verteilung der Arbeitskräfte zu sichern. Der Arbeitnehmer verlor sein Kündigungsrecht, wogegen die Betriebsleitung bei Umorganisation der Produktion jeden Arbeiter jederzeit entlassen konnte (Art. 33). Laut Entscheidung des Obersten Gerichtes (Nr. 6) konnte jede Tat, die zur Lockerung der Produktionsdisziplin führte, als Plandelikt qualifiziert werden. Man schaffte die Vertragsfreiheit ab und machte die Lohntarife zur Regierungssache.

Während der kommunistisch gelenkte Weltgewerkschaftsbund in seiner Charta von 1954 das Streikrecht (im Kapitalismus) zum «heiligsten Recht» erklärte, verfügte Ungarn Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren für Personen, welche die Produktion durch Verlassen des Arbeitsplatzes, durch absichtlich langsames oder ungenügendes Arbeiten störten (Gesetz Nr. 34/1947, Art. 6).

Durch die Verstaatlichung, die Einführung von Leistungsnormen, die Uebergabe der Betriebslei-

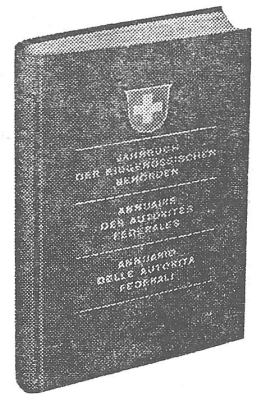
tung an unfähige Parteifunktionäre, durch die untaugliche Planwirtschaft (Dreijahresplan 1948 bis 1950, Fünfjahresplan 1951—1955) wurde die Industrie ruiniert. Noch schlimmer der Agrarsektor: Die Ende 1948 anlaufende Zwangskollektivierung, die Ablieferungspflicht (eine Art Naturalsteuer), die niedrigen Aufkaufspreise, die vom Staat (via Preisamt) einseitig festgelegt wurden, die willkürlichen und oft rechtswidrigen Handlungen der staatlichen Erfassungsorgane, die Unfähigkeit der LPG-Vorsitzenden usw. hatten zur logischen Folge, dass das einstige blühende Agrarland nicht imstande war, sich selbst mit den wichtigsten Agrarprodukten zu versorgen. Der Mangel an Lebensmitteln bewirkte, dass man die «Hortung von Lebensmitteln» (z. B. 4—5 kg Zucker, 10—15 kg Mehl usw.) zu einer schwerwiegenden Straftat erklärte.

Diese Wirtschaftspolitik führte dazu, dass die Arbeitslöhne sehr niedrig, Industrieartikel und Lebensmittel hingegen sehr teuer waren. Mitte der fünfziger Jahre verdiente ein Arbeiter im Durchschnitt 800 bis 900 Forint, ein guter Facharbeiter 1500 bis 16000 Forint im Monat. Praktisch war sogar diese Entlohnung seit Herbst 1949 um 10 Prozent gekürzt, da der Staat die «freiwillige Friedensanleihe» einführte, die der Volksmund als Kriegsanleihe bezeichnete. Dagegen kosteten ein Paar Schuhe mittelmässiger Qualität 300 Forint, ein durchschnittliches Kleid mindestens 1000 Forint, 1 kg Brot 3 Forint, 1 kg Fett 34 Forint usw. Die einzige Lösung für jene Schicht der Bevölkerung, die das tun konnte, war der «Diebstahl am sozialistischen Eigentum», der jedoch besonders streng (bei besonders grossem Umfang mit dem Tode) geahndet wurde.

#### Sieg der sozialen Gerechtigkeit: aus 3 Millionen Bettlern mach 10 Millionen

Jeder war enttäuscht, jeder hielt sich für betrogen. Vor 1945 war das halbfeudale Ungarn das «Land der 3 Millionen Bettler»; jetzt war das ganze Volk zum Bettler geworden (mit Ausnahme der neuen Klasse). Aus der Diktatur des Proletariats wurde die Diktatur über das Proletariat.

## Aus dem Bücherangebot der VDB



### Jahrbuch der eidgenössischen Behörden 1976

Unter Berücksichtigung sämtlicher Mutationen auf den neuesten Stand gebracht.

#### Räteteil:

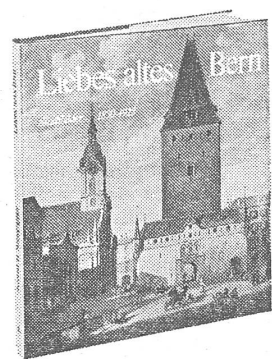
Bild und Biographie aller Bundesräte, National- und Ständeräte, der Bundesrichter und der schweizerischen Diplomaten im Ausland — Personelle Zusammensetzung der ständigen Kommissionen — Fraktionsverzeichnis — Namentliche Uebersichtspläne der Anordnung der Sitzplätze im National- und Ständerat

#### Textteil:

E. Ruchti: Fragwürdige Währungspolitik — A. Hasler: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Rezessionsjahr 1975 — H. Böschstein: Ein Jahr der Ernüchterung — Das innenpolitische Jahr in Stichworten — Zusammenfassung der französischen Artikel von A. Hay über die Geld- und Konjunkturpolitik aus der Sicht der Nationalbank und Ch. Bays über die Weltpolitik im Jahre 1975

#### Bildteil:

Führende Weltpolitiker — Aktuelles aus dem In- und Ausland — Redaktion Räteteil: Sekretariat der Bundesversammlung — Redaktion Textteil: Dr. Walter Rohner 376 Seiten, in Blauleinen gebunden, mit Goldprägung Preis Fr. 28.—



### Liebes altes Bern

Stadtbilder von 1850 bis 1925, ausgewählt und kommentiert von A. H. Schwengeler, 96 Bildseiten zweifarbig, mit 16 Seiten Text, Panorama und vierfarbigem Vorsatzblatt und farbigem Umschlag: Fr. 39.80

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen  
Buchverlag Verbandsdruckerei AG Bern



Vom Petöfi-Klub aus sprang der Funke auf die Studenten über.

## Frühjahr bis Herbst 1956

Nach Stalins Tod kam es zu einer Lockerung des Regimes. Am 4. Juli 1953 wurde der nach 1948 völlig in den Hintergrund gedrängte Imre Nagy Ministerpräsident; sein Regierungsprogramm befürwortete die nationale Versöhnung. Ende 1953 und Anfang 1954 löste man die Internierungslager auf, deren Insassen hauptsächlich wegen «subjektiver Sozialgefährlichkeit» ohne das geringste Vergehen verschleppt worden waren. Die noch lebenden kommunistischen Funktionäre (z. B. Kadar) wurden aus den Gefängnissen entlassen, und 1956 erfolgte eine grossangelegte Ueberprüfung der früheren rechtswidrigen Strafprozesse. Nagy gründete im Herbst 1954 die Patriotische Volksfront, die nach seinen Vorstellungen zu einem Gegengewicht zur Partei hätte werden müssen. Denn der Parteichef war die vielleicht grausamste Figur Mitteleuropas, der aus einer wohlhabenden Familie entstammende Matyas Rakosi, und dieser kämpfte mit allen Mitteln gegen Nagy. Mit sowjetischer Unterstützung konnte er den populären Ministerpräsidenten im März 1955 stürzen und versuchte den alten Kadavergehorsam im Lande wiederherzustellen. Die Volksfront verlor ihren Einfluss; die rechtswidrigen politischen Prozesse wurden erneut aufgenommen.

Nach dem 20. Parteikongress in der Sowjetunion (Februar 1956) änderte sich die Stimmung im Lande schlagartig. Von Chruschtschows Geheimrede veröffentlichte die ungarische Presse kein Wort; trotzdem kannte bald die ganze Bevölkerung seine Kritik an Stalin und am Stalinismus.

### Was der 20. KPdSU-Kongress ausmacht: Ein Junglehrer stellt Rakosi zur Rede – und Rakosi schweigt

Im März wusste jedermann, dass eine neue Entwicklung kommen musste, auch wenn Rakosi sich verzweifelt dagegen wehrte. Die Parteiführung schwieg zunächst. Ende März begann sie jedoch Parteiversammlungen abzuhalten, an denen Fragmente der Moskauer Rede vorgelesen wurden. Ab und zu kam es vor, dass Parteimitglieder die Führung kritisierten; wo die Partei-

opposition etwas stärker war, erschien Rakosi selbst.

An der Parteiversammlung des 13. Bezirkes in Budapest geschah aber etwas Ungewöhnliches. Ein junger Lehrer namens Litvan griff Rakosi äusserst scharf an. In der Versammlung erstarrte jeder Anwesende; man wartete auf die Polizei. Litvan, kein Parteimitglied, war illegal zur Parteiversammlung erschienen, was Rakosi natürlich nicht wusste. Der Mann, der elf Jahre nur Schmeicheleien gehört hatte, dessen Name den Parteileuten als Symbol der Diktatur und des «Sozialismus» galt, den man nur feiern, aber niemals kritisieren durfte, schwankte. In seiner Verwirrung konnte er nur antworten: «Junger Freund, die Voice of America spricht aus Ihnen.» Jetzt kam die grosse Ueberraschung. Litvan gab erneut eine tapferere Antwort, und es geschah nichts. Rakosi wagte es nicht, den Verhaftungsbefehl zu erteilen. Damit waren die Schleusen geöffnet.

Das politische Leben wurde vom Frühling 1956 an immer lebhafter. Die Patriotische Volksfront nahm ihre Arbeit wieder auf. Die Gärung kam besonders von intellektuellen Kreisen; ihr Zentrum war der Schriftstellerverband und sein Organ «Irodalmi Ujsag» (Literaturzeitung). Diese Zeitung war jeweils eine Stunde nach ihrem Erscheinen bereits vergriffen; vor den Kiosken standen die Leute Schlange.

### Von den grossen Diskussionen in Klubs und Gesellschaften . . .

Von den Schriftstellern ging die Gärung in die Historische Gesellschaft (Törteleni Tarsulat), an deren Spitze Justizminister Erik Molnar stand. Man verlangte eine wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung, besonders an den im Kossuth-Klub organisierten öffentlichen Versammlungen (Anfang Juni).

Noch wichtiger war der Petöfi-Klub.

Dieser Klub war das Zentrum des nationalen Flügels der Parteijugend, deren Führer aus den aufgelösten sogenannten Volkskollegien kamen; sie suchten einen ungarischen Weg — nach jugoslawischem Muster — zum Sozialismus. An der Versammlung Ende Juni kamen Delegationen aus Budapest und der Provinz und übten besonders scharfe Kritik am Regime. Frau Rajk, die Gemahlin des auf Rakosis Befehl hingerichteten Innenministers, erzählte den Anwesenden, wie sie und andere Gefangene im Gefängnis gequält worden waren, und warf zum Beweis ihre Zahn-

prothese auf den Tisch. (Die Zähne hatten ihr die AVO-Leute ausgeschlagen.) Ein alter Sozialdemokrat sagte, sein letzter Zahn sei von einem AVO-Mann mit der Bemerkung ausgeschlagen worden: «Wozu der Zahn für einen sozialdemokratischen Verräter.» Man verlangte an der Versammlung die Ueberprüfung der ungarisch-sowjetischen Wirtschaftsverträge, durch die Ungarn ausgebeutet werde.

Am nächsten Tag wusste jeder Intellektuelle im ganzen Land, was im Petöfi-Klub geschehen war. Die Partei wählte erneut den falschen Weg: sie verbot die Tätigkeit des Klubs, aber damit goss sie nur Öl ins Feuer. Die geplanten Diskussionen wurden von der Regierung kurzerhand abgesetzt; sie fanden aber jetzt im wiedererstandenen Verband der Volkskollegien (NEKOSZ) statt.

### . . . zum Leitartikel der Parteizeitung: Niemals wieder!

Erst Ende Juli entschloss sich die Parteiführung mit Moskauer Erlaubnis, Rakosi durch Gerö abzulösen, einen ähnlichen Stalinisten. Die Situation hatte sich aber für die Führungsspitze schon weiter verschlechtert. Man konnte die Opposition nicht mehr mit terroristischen Methoden liquidieren, und die Partei verlor den Boden unter den Füssen.

Die Partei spaltete sich in eine wirklich winzige Führungsschicht und die gewöhnlichen Mitglieder, die mehr Freiheit und Unabhängigkeit von der UdSSR verlangten. Die Parteiführung wagte es nicht, gegen die Opposition vorzugehen wie vor 7 bis 8 Jahren. Sie versuchte es zwar mit dem Ausschluss einiger Schriftsteller aus der Partei, vor allem Dery und Tardos, aber die Stimme der Literaturzeitung wurde nur noch schärfer, und Miklos Wesselenyi verlangte in Nr. 42 vom 20. Oktober eine Demokratisierung, die Herstellung der Gesetzlichkeit und die Rehabilitierung der unschuldig Verurteilten.

Am 6. Oktober, dem nationalen Trauertag seit 1849, wurden die 1949 hingerichteten Kommunistenführer (Rajk, Palffy usw.) feierlich beigesetzt (sie waren am Rande des Friedhofs verscharrt gewesen). Etwa 200 000 Menschen nahmen am Begräbnis teil, und am gleichen Tag brachte die zentrale Parteizeitung «Szabad Nep» einen redaktionellen Leitartikel unter dem Titel «Niemals wieder» (Soha többé). Niemals wieder Terror, Justizmord, Rechtslosigkeit.

Die Ereignisse der nächsten Wochen zeigten, wie lange dieses Versprechen eingehalten wurde. ■

#### Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch

Dr. A. Hemmer, Prof. Dr. E. Küng, Prof. Dr. H. Ulrich (Herausgeber)

Analysen, Perspektiven und Gestaltungsansätze im Lichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 184 Seiten, geb. Fr./DM 38.-

#### Zukunft ohne Freiheit?

Dr. K. Müller

Politische Folgen des geistigen Wandels. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. K. Schmid. 6 Seiten, kart., Fr./DM 8.80

Verlag Paul Haupt, Falkenplatz 14, 3001 Bern  
Tel. 031 23 24 25

haupt für bücher